

BR/GT I/71 d/70

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG
EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Luxemburg, den 23. Oktober 1970
BR/GT I/71/70

- Sekretariat -

Untergruppe "Ausführungsordnung"

der Arbeitsgruppe I

ARBEITSUNTERLAGE

Artikel 101 Nummer 2 (neu)
106 Nummer 1 (neu)
154 Nummern 1, 2, 3, 4, 5, 6 und 7
155 Nummern 1 und 2
156 Nummer 1 (neu)
157 Nummer 1
159
159 Nummer 1

(Vom Redaktionsausschuss ausgearbeiteter Text)

BR/GT I/71 d/70 bm

Zu Artikel 101

(früher Artikel 96d)

Nummer 2

Anforderung von Unterlagen

Werden im Einspruchsverfahren von einem Beteiligten Unterlagen genannt, die im Europäischen Patentamt nicht vorhanden sind, so kann das Europäische Patentamt die Nachreichung der Unterlagen innerhalb einer von ihm zu bestimmenden Frist verlangen. Werden die Unterlagen nicht rechtzeitig vorgelegt, so braucht das Europäische Patentamt das darauf gestützte Vorbringen nicht zu berücksichtigen.

Zu Artikel 106

(früher Artikel 102)

Nummer 1 (neu)

Teilnahme der übrigen Beteiligten an der Anhörung

An der Anhörung eines Beteiligten im Einspruchsverfahren können auch die übrigen Beteiligten teilnehmen; der Termin wird ihnen vom Europäischen Patentamt rechtzeitig mitgeteilt.

Artikel 154 bis 161 des Vorentwurfs von 1964

Bemerkung:

Die Ausführungsbestimmungen zu den Artikeln 154 bis 161 des Vorentwurfs von 1964 lehnen sich zum Teil an die Verfahrensordnung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften (VOGEG) an. Bei den entsprechenden Artikeln wird auf die jeweilige Bestimmung der VOGEG hingewiesen.

Zu Artikel 154

Nummer 1

Beweisaufnahme durch das Europäische Patentamt

Soll durch das Europäische Patentamt eine Beweisaufnahme durchgeführt werden, die das Erscheinen von Zeugen und Sachverständigen oder die Einnahme des Augenscheins erforderlich macht, so teilt das Europäische Patentamt den Beteiligten den Termin der Beweisaufnahme und die zu beweisenden Tatsachen mit. Die Beteiligten können der Beweisaufnahme beiwohnen und sachdienliche Fragen an die Zeugen und Sachverständigen richten.

Bemerkung:

Vgl. Artikel 45 § 1 und 46 § 3 VOGEG.

Zu Artikel 154

Nummer 2

Vorschuss auf die Kosten der Beweisaufnahme

Das Europäische Patentamt kann die Beweisaufnahme davon abhängig machen, dass der Beteiligte, der sie beantragt hat, beim Europäischen Patentamt einen Vorschuss hinterlegt, dessen Höhe im Wege einer Schätzung der voraussichtlichen Kosten bestimmt wird.

Bemerkung:

Vgl. Artikel 47 § 3 VOGEG.

Zu Artikel 154

Nummer 3

Ladung zur Beweisaufnahme

(1) Zeugen und Sachverständige werden zur Beweisaufnahme geladen. Die Ladung muss die Tatsachen bezeichnen, über die die Zeugen und Sachverständigen vernommen werden sollen.

(2) Ausser den Angaben nach Absatz 1 und nach Artikel ... (Nummer 1 zu Artikel 159) Absatz 2 muss die Ladung die am Verfahren Beteiligten sowie die Ansprüche angeben, die den Zeugen und Sachverständigen auf Grund des Artikels ... (Nummer 6 zu Artikel 154) zustehen.

Zu Artikel 154

Nummer 4

Beauftragung von Sachverständigen

(1) Die Begutachtung durch Sachverständige kann schriftlich oder mündlich erfolgen.

(2) Der Auftrag an einen Sachverständigen muss enthalten:

- a) die genaue Umschreibung des Auftrags;
- b) die Frist für die Erstattung des Gutachtens;
- c) einen Hinweis darauf, dass eine Beeidigung nach Massgabe des Artikels ... (Nr. 5 zu Artikel 154) erfolgen kann;
- d) die Bezeichnung der an dem Verfahren Beteiligten;
- e) einen Hinweis auf die Rechte, die ihm gemäss den Vorschriften des Artikels ... (Nummer 6 zu Artikel 154) zustehen.

(3) Die Beteiligten erhalten eine Abschrift des schriftlichen Gutachtens.

Bemerkung:

Vgl. Artikel 49 §§ 1 und 6 VOGEG.

Zu Artikel 154

Nummer 5

Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen

Zeugen und Sachverständige werden vor ihrer Vernehmung darauf hingewiesen, dass sie beeidigt werden können und dass eine falsche Aussage strafrechtlich verfolgt werden kann. Der Eid wird in der vom Heimatrecht der Zeugen und Sachverständigen vorgesehenen Form geleistet.

Bemerkungen:

1. Die Untergruppe hat es als zweckmässig erachtet, die Bestimmung über die mögliche Verfolgung falscher Aussagen in eckige Klammern zu setzen, da diese Bestimmung mit dem noch nicht festliegenden Artikel 154 Absatz 5 des Übereinkommens in Zusammenhang steht.
2. Vgl. Artikel 47 §§ 4 und 5 VOGEG.

Zu Artikel 154

Nummer 6

Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen

(1) Zeugen und Sachverständige, die vor dem Europäischen Patentamt erscheinen, haben Anspruch auf Erstattung angemessener Reise- und Aufenthaltskosten. Es kann ihnen ein Vorschuss auf diese Kosten gewährt werden.

(2) Zeugen, die vor dem Europäischen Patentamt erscheinen, haben Anspruch auf eine angemessene Entschädigung für Verdienstausfall; Sachverständige haben Anspruch auf Vergütung ihrer Tätigkeit. Diese Entschädigung oder Vergütung wird den Zeugen und Sachverständigen gezahlt, nachdem sie ihrer Pflicht oder ihrem Auftrag genügt haben.

(3) Der Verwaltungsrat legt die Voraussetzungen der Anwendung der Absätze 1 und 2 fest. Die Zahlung der in Anwendung vorstehender Vorschriften fälligen Beträge wird durch das Europäische Patentamt bewirkt.

Bemerkung:

Absätze 1 und 2: vgl. Artikel 51 VOGEG.

Zu Artikel 154

Nummer 7

Sicherung eines Beweises

(1) Das Europäische Patentamt kann auf Antrag zur Sicherung eines Beweises unverzüglich eine Beweisaufnahme über Tatsachen vernehmen, die für eine Entscheidung von Bedeutung sein können, die das Europäische Patentamt hinsichtlich einer europäischen Patentanmeldung oder eines europäischen Patents zu treffen haben könnte, wenn zu besorgen ist, dass die Beweisaufnahme zu einem späteren Zeitpunkt erschwert oder unmöglich sein wird.

(2) Der Antrag muss enthalten:

- a) den Namen, die Anschrift und den Staat des Wohnsitzes oder Sitzes des Antragstellers nach Massgabe des Artikels ... (Nummer 1 zu Artikel 66) Absatz 2 Buchstabe c;
- b) eine ausreichende Bezeichnung der europäischen Patentanmeldung oder des europäischen Patents;
- c) die Bezeichnung der Tatsachen, über die Beweis aufgenommen werden soll;
- d) die Bezeichnung der Beweismittel;
- e) die Darlegung und die Glaubhaftmachung des Grundes, der die Besorgnis rechtfertigt, dass die Beweisaufnahme zu einem späteren Zeitpunkt erschwert oder unmöglich sein wird.

(3) Der Antrag gilt erst als gestellt, wenn die in der Gebührenordnung zum Uebereinkommen vorgeschriebene Gebühr entrichtet worden ist.

(4) Ueber den Antrag entscheidet die Stelle des Europäischen Patentamts, die die Entscheidung zu treffen hätte, für die die zu beweisenden Tatsachen von Bedeutung sein können. Auf das Verfahren sind die Vorschriften des Uebereinkommens und dieser Ausführungsordnung über die Beweisaufnahme in den Verfahren vor dem Europäischen Patentamt entsprechend anzuwenden.

Zu Artikel 155

Nummer 1

Berechnung der Fristen

(1) Die Fristen werden nach vollen Tagen, Wochen, Monaten oder Jahren berechnet.

(2) Bei der Fristberechnung wird mit dem Tag begonnen, der auf den Tag folgt, an dem das Ereignis eingetreten ist auf Grund dessen der Fristbeginn festgelegt wird; dieses Ereignis kann eine Handlung oder der Ablauf einer früheren Frist sein.

(3) Ist als Frist ein Jahr oder eine Anzahl von Jahren bestimmt, so endet die Frist in dem massgeblichen folgenden Jahre in dem Monat und an dem Tag, die durch ihre Benennung oder Zahl dem Monat und Tag entsprechen, an denen das Ereignis eingetreten ist; hat der betreffende nachfolgende Monat keinen Tag mit der entsprechenden Zahl, so läuft die Frist am letzten Tag dieses Monats ab.

(4) Ist als Frist ein Monat oder eine Anzahl von Monaten bestimmt, so endet die Frist in dem massgeblichen folgenden Monat an dem Tag, der durch seine Zahl dem Tag entspricht, an dem das Ereignis eingetreten ist; hat der betreffende nachfolgende Monat keinen Tag mit der entsprechenden Zahl, so läuft die Frist am letzten Tag dieses Monats ab.

(5) Ist als Frist eine Woche oder eine Anzahl von Wochen bestimmt, so endet die Frist in der massgeblichen Woche an dem Tag, der durch seine Benennung dem Tag entspricht, an welchem das Ereignis eingetreten ist.

Bemerkung:

Dieser Artikel lehnt sich eng an die Regeln 80.1 und 80.2 der PCT-Verfahrensregelung an.

Zu Artikel 155

Nummer 2

Verlängerung und Erstreckung von Fristen

(1) Ist der letzte Tag der Frist ein Tag, an dem das Europäische Patentamt zur Entgegennahme von Schriftstücken nicht geöffnet ist oder an dem gewöhnliche Postsendungen am Ort des Sitzes des Europäischen Patentamts nicht zugestellt werden, so erstreckt sich die Frist auf den nächstfolgenden Tag, an dem das Europäische Patentamt zur Entgegennahme von Schriftstücken geöffnet ist und an dem gewöhnliche Postsendungen zugestellt werden.

(2) Absatz 1 ist auf Fristen, die im Uebereinkommen oder in dieser Ausführungsordnung vorgesehen sind, in Fällen entsprechend anzuwenden, in denen Handlungen bei der zuständigen Behörde im Sinne des Artikels 64 Absatz 1 Buchstabe b des Uebereinkommens vorzunehmen sind.

Zu Artikel 156

Nummer 1 (neu)

Wiedereinsetzung in den vorigen Stand

(1) Der Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist schriftlich einzureichen. Der Antrag gilt erst als gestellt, wenn die in der Gebührenordnung zum Uebereinkommen vorgeschriebene Gebühr entrichtet worden ist.

(2) Wird dem Antrag auf Wiedereinsetzung stattgegeben, so wird ein Hinweis darauf in das europäische Patentregister eingetragen und in Europäischen Patentblatt bekanntgemacht, sofern ein Hinweis gemäss Artikel 86 des Uebereinkommens erfolgt ist.

Bemerkungen:

1. Absatz 1 wäre überflüssig, wenn in Artikel 156 Abs. 2 Satz 1 des Uebereinkommens das Wort "schriftlich" eingefügt würde. Vgl. jedoch auch Nr. 1 Abs. 1 zu Artikel 88 und die Bemerkung zu Nr. 1 zu Artikel 101.
2. In Artikel 156 Absatz 6 des Uebereinkommens ist vorgeschrieben, dass derjenige, der gutgläubig die Erfindung in der Zeit zwischen dem Eintritt der Rechtskraft der Zurückweisung oder fingierten Zurücknahme der europäischen Patentanmeldung und der Bekanntmachung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand in Benutzung genommen oder wirkliche und ernsthafte Veranstaltungen zur Benutzung der Erfindung getroffen hat, die Benutzung in seinem Betrieb oder für die Bedürfnisse seines Betriebes unentgeltlich fortsetzen darf. Es erscheint daher erforderlich, in der Ausführungsordnung vorzusehen, dass im europäischen Patentregister und in Europäischen Patentblatt ein Hinweis auf die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand erfolgt.

Zu Artikel 157

Nummer 1

Aufgebot

Der Präsident des Europäischen Patentamts bestimmt, in welcher Weise das Aufgebot veröffentlicht wird.

BR/GT I/71 d/70 bm

.../...

Zu Artikel 159

Verschiedene Vorschriften über das Verfahren und
die Ausstellung von Unterlagen

Bemerkung:

Die in den Nummern 1 bis 9 zu Artikel 159 enthaltenen Vorschriften sind diesem Artikel nur vorläufig zugeordnet worden. Bei dem derzeitigen Stand des Ersten Vorentwurfs war es nicht möglich, sie einzelnen Vorschriften des Ersten Vorentwurfs zuzuordnen.

Zu Artikel 159

Nummer 1

Frist und Form der Ladung

(1) Zur Anhörung, mündlichen Verhandlung oder Beweisaufnahme wird mit einer Frist von mindestens einem Monat geladen, sofern die Beteiligten nicht mit einer kürzeren Frist einverstanden sind.

(2) In der Ladung wird auf die Folgen hingewiesen, die sich nach den Uebereinkommen oder der Ausführungsordnung aus dem Ausbleiben ergeben können.
